

# **Berichte aus Stadt und Kanton Zürich**



**1. Hälfte Monat Juni 2021**

### 1. Juni

Im Kantonsrat steht die Kinderbetreuung auf der Traktandenliste. Am Grundsatz, Kleinkinderbetreuung ist Sache der Eltern und der Gemeinde, nicht des Kantons, ist massiv gerüttelt worden. In Zukunft sollen im Verhältnis 20% - 20% - 60% Gemeinde, Kanton und Eltern für die Kosten aufkommen. Bislang zahlten die Eltern im Schnitt 75% der Kosten. Dies soll viele gutverdienende Mütter an einer Berufstätigkeit gehindert haben, da neben den hohen KITA-Kosten auch hohe Steuern anfallen würden. Die Bürgerlichen waren dagegen (Kanton hat kein Geld! – Gemeindeautonomie nicht verletzen!) Links-Grün aber eben auch EVP und GLP hatten aber die Mehrheit. Beschlossen wurden Betreuungsgutschriften für die Eltern, die ihnen eine freie Krippenwahl ermöglichen sollen. Die Höhe der Gutschriften ist abhängig von Vermögen und Einkommen. Dafür wurden gleich mal höhere Abzüge bei den Steuern für die Betreuungskosten ausser Haus beschlossen, nämlich von 10000 Franken auf 20000 Franken pro Kind und Jahr. Es ist dies eine Referenz an die gutverdienende Klientele der Kantonsratsmehrheit. Hingegen scheiterte ein Vorschuss der gemässigten Linken, die dem Staat alle Kosten für die Kinderbetreuung aufbürden wollte. Nur gerade AL und einzelne Grüne unterstützen die SP bei diesem Antrag.

Wie zu erwarten war, hat der Kantonsrat einen Vorstoss aus Kreisen der SVP angenommen, der letztlich nur verhindern will, dass in der Stadt Zürich Ausländer\*innen mit Niederlassung eine Polizeiausbildung beginnen können und erst vor der Anstellung als Polizeibeamte\*in sich einbürgern lassen müssen. FDP und EVP sowie die Mitte stimmten mit der SVP!

### 2. Juni

Mitte der 80iger Jahre fand in Zürich eine populärwissenschaftliche Erlebnisausstellung namens «Phänomena» statt, die über eine Million Besucher anzog. Private Kreise wollten jetzt eine Neuauflage dieser Ausstellung organisieren, fanden bei den Stadtbehörden aber kein Gehör. Die erbosten Initianten sind jetzt nach Dietikon im Limmattal ausgewichen, wo sie offenbar traumhafte Bedingungen antreffen.

Die Firma Google bezog im Jahre 2004 am Limmatquai ein Büro mit zwei Mitarbeitenden. Diese Räumlichkeiten hat Google längst aufgegeben, dafür hat sie heute Büros im Hürlimann-Areal, in der Sihlpost und an der Europaallee. Jetzt wir bekannt, das Google an der Müllerstrasse, in der Nähe des Stauffachers, ein Bürohaus mit 15000 Quadratmetern nach gehöriger Renovation im Jahre 2023 beziehen wird. Derzeit arbeiten 4200 Mitarbeitende bei Google in Zürich, nach dem Bezug der neuen Räumlichkeiten wird das Wachstum steil fortgesetzt.

### 3. Juni

Die Grünen fordern von der Zürcher Regierung auf, ein Konzept zur Förderung der Medien im Kanton zu entwickeln. Die Regierung soll auch aufzeigen, was so eine Forderung kosten würden. Der vorwärts erwartet dankbar eine kantonale Förderung.

Für eine Rettung der Maag-Halle wurden über 7000 Unterschriften gesammelt. Aber wie es im Kapitalismus ebenso üblich ist, entscheiden nicht die 7000 Unterschreibenden, sondern der Verwaltungsrat der Besitzerin, die Swiss Prime Site, und der hat sich für den Abbruch entschieden.

Die Stadt Zürich ist Besitzerin von Aktien der Atomkraftwerke Gösgen und Leibstadt und über die AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern auch an Leibstadt und den französischen Werken Bugey und Cattenom. Im Jahre 2016 hat das Stimmvolk der Stadt den Auftrag erteilt, diese Beteiligungen zu verkaufen. Gleichzeitig hat der Gemeinderat die Stilllegung der Atomkraftwerke gefordert. Da man aber kaum Anteile an Atomkraftwerken, die stillgelegt worden waren, verkaufen kann, dürfte der Stadt ein Abschreiber in Millionenhöhe blühen. Bisher fand sich denn auch kein Käufer für diese Aktien.

Es gibt strenge Regeln für das «Public-Viewing», so sagt man Neudeutsch dem gemeinsamen Schauen von Ereignissen wie Fussballspielen. Die Europameisterschaft im Fussball steht ja vor der Tür. In Restaurants gilt, Essen und Trinken nur am Tisch, kein gemeinsames Fiebern vor der Leinwand. Eine Leinwand darf es in den Beizen übrigens gar nicht sein, nur Fernsehgeräte mit höchstens 3 Metern Bildschirmdiagonale sind erlaubt. Die/der Wirt\*innen werden aufgefordert, dafür besorgt zu sein, dass spät abends kein lauter Torjubel die Nachbarschaft in ihrem Schläfe störe.

Dass die grosse Velodemo ein Nachspiel haben werde, war uns bewusst. Im Gemeinderat bezeichnete die SVP-Fraktion den Anlass als « Gefahr für Leib und Leben». Der verursachte Verkehrskollaps sei ein Strafbestand, hiess es von Seiten der SVP. Die zuständige Stadträtin wurde aufgefordert, dieses «gesetzlose Affentheater für Wohlstands-Verwehrlose» künftig zu stoppen. Die Ratslinke antwortete, für die tägliche «Pendlerdemo» mit Verkehrskollaps» verlange auch niemand eine Bewilligung. Die SVP -Redner wurden als «Lakaien der Erdölindustrie, die in einer Benzin-Bubble leben» apostrophiert. Als Resultat der hochstehenden Debatte wurde ein Kredit von 6.4 Millionen Franken für eine Velobrücke über die Geleise, vom Kohlendreieck bis zum Wipkinger Viadukt, bewilligt, nur die SVP stimmte dagegen.

#### 4. Juni

Es wurde berichtet, dass die Stadt Zürich pandemiegeschädigte Laden- und Restaurantsmieter dank einem Drittel-Modell entschädigen wollte und dafür 20 Millionen Franken bereitgestellt hat. Mietzinse für Geschäftslokale, die auf behördliche Anordnung hin geschlossen bleiben mussten, sollten zu einem Drittel vom Mieter, zu einem Drittel vom Vermieter und zu einem Drittel von der Stadt finanziert werden. Jetzt liegt eine provisorische Abrechnung vor. Der Anteil der Stadt dürfte sich gesamthaft auf 17.7 Millionen Franken belaufen.

Der Zürcher Regierungsrat hat sich für zwei Pistenverlängerungen am Flughafen Kloten ausgesprochen. Zum einen soll die Piste 28 um 40 Meter verlängert werden, zu Zweiten sollen bei der Piste 32 280 Meter angehängt werden. Begründet wird das Projekt mit Flugsicherheit und Reduktion von Verspätungen. Es kostet rund 250 Millionen Franken und soll direkt vom Flughafen finanziert werden. Indirekt beutet dies natürlich einen Ausbau der Kapazitäten. Grund genug, dass die Bürgerlichen im Kantonsrat zustimmen wollen und Links-Grün gegen das Projekt stimmen wird. Es dürfte im Kantonsrat, und nachher bei der Volksabstimmung knapp werden.

#### 5. Juni

Der Zürcher Stadtrat präsentiert seine «Visionen» von einem mehrheitlich autobefreiten, grünen Areal um den Hauptbahnhof. Man kann diese Visionen im Netz anschauen. Das Projekt heisst dort: «Masterplan HB/Central 2050», Ziel der Übung: Strassenräume sollen bis in etwa 30 Jahren «als öffentliche Räume für Aufenthalt und Begegnung ausgestaltet und zurückgewonnen werden.»

Trotz Apell des Bundesrates und dem Drittelmodell in der Stadt Zürich gibt es immer noch viele Streitigkeiten zwischen Hauseigentümer und Mieter von Läden und Beizen um die Mietzinse während der von den Behörden verordneten Schliessung der Lokale. Gewerbler und Hauseigentümer sind sonst

politisch im gleichen, bürgerlichen Lager zu finden, hier aber sind sie zum Teil hartnäckige Gegner. Der Präsident des städtischen Wirtverbandes lässt sich wie folgt zitieren: «Viele Vermieter haben ihr Macht voll ausgespielt.» Man wird sich wohl in manchen Fällen vor dem Bundesgericht wieder finden.

7. Juni

Die Fichen, die der Staatsschutz während fast 50 Jahren über den Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt angelegt hat, wurden veröffentlicht. Sein Telefon wurde während langer Jahre abgehört. Besonders verdächtig schien dem Geheimdienst Dürrenmatts Freundschaft mit dem Kommunisten Konrad Farnner. Dass sich Dürrenmatt am Telefon mit Farnner über Karl Marx unterhielt, wurde von den Geheimdienstlern als höchst verdächtig notiert. Dürrenmatt unterstütze Farnner, dem in der Schweiz praktisch jede Berufsausübung verunmöglicht worden war, auch finanziell, wie übrigens auch Max Frisch und andere Schriftsteller.

8. Juni

Jetzt hat auch noch die EVP, die evangelische Volkspartei ihren Stadtratskandidaten gekürt, es ist dies der Sigrist der Kirche Hirzenbach in Schwamendingen, Roger Föhn. Mal sehen, ob Gottes Hilfe hier was bringt...

Der Zürcher Kantonsrat hat schwerwiegende Sorgen. Da hat sich doch eines seiner Mitglieder, der SVP-Kantonsrat und Milieuanwalt Landmann in einem Puff mit zum Teil nackten Frauen ablichten lassen und meint, den Sexarbeiterinnen gegenüber sei das Prostitutionsverbot eine unwahrscheinliche Brutalität und ein Verbrechen. «Da bin ich gleicher Meinung wie Feministinnen.» Natürlich haben dies die Kantonsratsfrauen sich nicht gefallen lassen und initiierten einen Brief an Ringier, die Herausgeberin der Publikation, und kritisierten, dass «eine schummrig-plüschige Idylle im Rotlichtmilieu geschildert» werde. 50 Kantonsrätinnen haben den Brief unterzeichnet.

Der Zürcher Stadtrat spricht nicht mit einer Stimme. Da leistet sich der altlinke, neoliberale Freisinnig, Filippo Leutenegger, ein grosses Inserat im Tagesanzeiger, in dem er sich als Gegner des CO2-Gesetzes bekennt. Bald darauf haben alle übrigen 8 Stadträt\*innen, auch der zweite Freisinnige, auf eigenen Kosten, wie sie betonen, ein gleichartiges Inserat erscheinen lassen, in dem sie sich als Befürworter\*innen zu erkennen geben. Das Kollegialprinzip lässt grüssen!

9. Juni

Gleich neben dem Bahnhof Tiefenbrunnen besteht ein grosses Gelände, das heute hauptsächlich als Parkieranlage dient und der SBB gehört. Diese wollen den teuren Baugrund profitträchtiger nutzen und haben Anfangs der Zehnerjahre Planungsaufträge vergeben. Ein als «Hotz-Klotz» bezeichneter Entwurf (benannt nach dem gleichnamigen Architekten) scheiterte. Ein zweiter Entwurf erhielt aber eine Baubewilligung der Bausektion des Zürcher Stadtrates, das Projekt wird aber seither durch Rekurse und Beschwerden blockiert. Eine Einzelinitiative forderte unterdessen eine Gestaltungsplanpflicht für das Bahnareal und den geplanten, 135 Meter langen Riegel. Die Initiative wurde vom Gemeinderat gegen den Widerstand des Stadtrates überwiesen. Dagegen erhob die SBB Rekurs und ob siegte vor dem Baurekursgericht und verlor jetzt vor dem Verwaltungsgericht. Dieses kommt jetzt zum Schluss, es bestehe sehr wohl ein öffentliches Interesse an einer Gestaltungsplanpflicht. Die SBB ziehen den Entscheid ans Bundesgericht weiter.

10. Juni

Das Open-Air auf der Stolze-Wiese wird auch in diesem Sommer nicht durchgeführt, das inkompatibel mit den Corona-Vorgaben sei. Dies lässt für andere Open-Airs in diesem Sommer keine guten Chancen erahnen.

Ein pensionierter Chef-Beamter nutzt sein neues Zeitbudget, setzt sich hin und schreibt seine Memoiren über sein Amt, seine ihn vorgesetzte Regierungsrätin und seine Mitarbeitenden. Er ergeht sich in lauter Kritik, knackt an der Privatsphäre von Mitarbeitenden und macht auch vor deren Intimsphäre nicht halt. Ein gutes Beispiel, wie man es nicht tun soll.

Bei belasteten Eltern fehlt oft der Zugang zu der Mütter- und Väterberatung der Stadt Zürich. Jetzt will die Stadt Departements übergreifend sich aktiv für die rund 24000 Kinder im Alter zwischen 0 und 4 Jahren einsetzen. Dies heisst auch Deutschunterricht für Kinder aus fremdsprachigen Familien, damit diese beim Eintritt in den Kindergarten die Schulsprache verstehen. Die Kosten dieser Massnahmen belaufen sich auf rund 3.5 Millionen Franken pro Jahr.

11. Juni

In letzter Zeit häufen sich bei Kindern und Jugendlichen psychische Erkrankungen. Auch die Zahl der jungen Menschen, die wegen Suizidversuchen behandelt werden müssen, ist stark angestiegen. Damit die Spitäler und Kliniken, die einen Schwerpunkt haben in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, ihr Angebot ausbauen können, hat der Regierungsrat 7.9 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Eine nachhaltige Lösung soll im Rahmen der Spitalplanung 2023 erarbeitet werden.

Im Anschluss an die «Kita»-Sitzung des Kantonsrates von vergangener Woche wird heute die Qualifizierung des Kita-Personals besprochen. Im Kanton sind zwei Betreuungspersonen pro 12 Kinder vorgeschrieben, davon muss eine ausgebildet sein. Die andere Person ist meistens ein Praktikant\*in, die oft einen jämmerlichen Lohn bezieht, nämlich nur einen Viertel des Lohnes einer diplomierten Fachkraft. Eine Motion aus dem Kantonsrat verlangt nun, dass ein Praktikant\*in in Zukunft nicht mehr bei den vorgeschriebenen zwei Personen mitgezählt werden darf. Dies bedeutet einen sehr hohen Ausbildungsbedarf und wird die Kita-Kosten massiv in die Höhe treiben. Wer wird dies bezahlen, die öffentliche Hand oder die Eltern?

12. Juni

Am Vorabend gab es wieder einmal eine «legale» Velo-Demo mit einigen Hundert Teilnehmenden. Die nächste «Critical Mass»-Demo ist für den 25. Juni angesagt.

Das Neeracherried ist eines der letzten noch existierenden Flachmoore der Schweiz. Es wird heute zerschnitten von zwei Strassen, die sich mitten im Ried kreuzen. Jetzt sollen neue Strassen um das Ried herum gebaut und die bestehenden renaturiert werden. Die Linienführung der neuen Strassen muss mit den anliegenden Gemeinden noch ausdiskutiert werden.

Das Feld der Kandidierenden für den frei werdenden Sitz im Stadtrat wird langsam unüberschaubar. Heute meldet sich auch noch ein Kandidat der «Mitte-Partei», der ehemaligen CVP an. Es ist der Chef der Zürcher Ärztesgesellschaft, Josef Widler.

14. Juni

Grosser Abstimmungssonntag! Im Kanton hat sich wieder einmal die bürgerliche Dominanz durchgesetzt. Die Familieninitiative und die Prämieninitiative, die höhere Kinderzulagen und mehr Prämienverbilligung bei der Krankenkasse wollten, sind beide mit grossem Mehr abgelehnt worden. Immerhin wurden beide Vorlagen in der Stadt Zürich, wenn auch nur knapp, angenommen. Es war wohl ungeschickt, beide Vorlagen am selben Tag zur Abstimmung zu bringen, das sah nach too much aus. Leider ist es in Zeiten der Internett-Casinos nicht mehr möglich, die Geldspielautomaten in die Schran-

ken zu weisen. Das Stimmvolk bejahte das neue Geldspielgesetz mit einer zweidrittel Mehrheit. In der Stadt wurden sowohl die neue Gemeindeordnung als auch der Velotunnel am Hauptbahnhof mit einer dreiviertel Mehrheit angenommen. Der 200 Millionen Kredit für das ewz zur Investition in erneuerbare Energien wurde gar mit 83% Ja-Stimmen angenommen. Zum dritten Mal scheiterte in Dübendorf an der Urne eine Tempo-30-Vorlage. In dieser Vorortsgemeinde ist die Idee des beruhigten Verkehrs noch nicht angekommen.

15. Juni

Viele Tausend Frauen und Männer haben an der grossen Demonstration zum Frauentag teilgenommen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund sprach von 100'000 Teilnehmenden in der ganzen Schweiz. In Zürich gab es eine Demo mit Beginn beim Central und Ende auf dem Helvetiaplatz, jetzt ja «Ni una menos»-Platz geheissen.

Im Kantonsrat: Fortsetzung der grossen Spitalgesetz-Debatte. Es ging um Geld, viel Geld für die Götter in Weiss. Damit sie nicht abspringen, brauchen sie Einkommen bis 1 Million Franken pro Jahr, meint der Regierungsrat. Die Grünen wollten einen Deckel bei 750'000.00 Franken pro Jahr, fanden aber selbst bei der SP keine Unterstützung. FDP und SVP wollten gar keine Obergrenze. Schliesslich fand die Million eine Mehrheit. Damit will, man, so ein Vertreter der Mitte (ex CVP) Werte wie Bescheidenheit fördern...!

Auch zum Spitalbereich gehörig, die Wahl von neuen Mitgliedern des Spitalrates, des Aufsichtsrates des Universitätsspitals. Vom Headhunter wurden 83 Männer und 12 Frauen angefragt, gefundene 3n wurden aber nur 3 Männer. Zur Erinnerung: 69% der Unispital-Belegschaft sind weiblich. Von Links bis Rechts wurde die Regierungsrätin für dies Auswahl kritisiert, die Vorgeschlagenen dann aber doch klar gewählt.

Eine knappe Mehrheit des Kantonsrates hat beschlossen, dass der Kanton in Zukunft mehr Subventionen für medizinische Angebote sprechen könne, die aus gesellschaftlicher Sicht sinnvoll sind. Die Bürgerlichen waren dagegen. Neu sollen auch erwachsene Patient\*innen in Akutspitalern oder in Reha-Kliniken profitieren können. Auch Unterstützungen für ambulante Leistungen werden möglich sein.

Die Langstrassenunterführung ist für Velofahrer\*inne ein reines Nadelöhr. Jetzt hat der Stadtrat eine Busspur zur Velopiste umfunktioniert. Längerfristig sollen die separaten Velotunnels verbreitet werden.

Über Brian hat man viel lesen können. Nun hat sich auch der Uno-Sonderberichterstatler für Folter eingeschaltet und die Haftbedingungen für Brian für unzulässig bezeichnet. Er tue dies vor einem Urteil des Zürich Obergerichtes, damit seine Einschätzung bei der Urteilsfindung einfließen könne.